

AUSSENDUNG uniko 9.12.2001

Schmidinger bedauert das Versagen der Koalition bei Studienbeiträgen

Utl.: Rektoren beharren auf Ersatz aus den Reserven des Bundesministeriums

Die jüngsten öffentlichen Empfehlungen von Bundesminister Karlheinz Töchterle, die Rektoren mögen doch bereits im Frühjahr 2012 Studienbeiträge einheben, rufen beim Präsidenten der Universitätenkonferenz (uniko), Heinrich Schmidinger, Verwunderung hervor. Die Universitäten würden sich schon allein wegen der knappen Fristen nicht mehr in der Lage sehen, nach dem Auslaufen des vom Verfassungsgerichtshof gekippten Gesetzes ab 1. März 2012 selbstständig Studienbeiträge einzuheben, betont Schmidinger. Die Universitäten hätten bis zuletzt auf eine Einigung der Regierungsparteien in dieser Frage gehofft, und damit die Lösungskompetenz der Koalition überschätzt. „Die Politik bringt als Folge ihrer Dauerblockaden nichts zustande und versucht jetzt, den Schwarzen Peter an die Rektorinnen und Rektoren weiterzureichen“, kontert Schmidinger auf die Vorhalte des Bundesministers.

Auch die Ankündigung Töchterles, er könne die Hälfte der 35 Millionen Euro, die die Universitäten aus den bisher eingehobenen Studienbeiträgen jährlich lukrieren, nicht bereitstellen, können die Universitäten nicht akzeptieren. Die uniko ist davon überzeugt, dass sich aus den Reserven des Bundesministeriums ein Betrag von 17 Millionen Euro für das Sommersemester locker machen ließe. „Das umso mehr deshalb, weil es nicht das Verschulden der Universitäten ist, wenn die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker die Fristen für eine Gesetzesreparatur ungenutzt verstreichen lassen“, ergänzt Schmidinger.

Rückfragehinweis:

Manfred Kadi

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Österreichische Universitätenkonferenz

Floragasse 7/7

1040 Wien

Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24

Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22

Email: manfred.kadi@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at